

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

September – Oktober 2009

Inhalt

Frank-Walter Steinmeiers starkes Team.....	M. Arndt.....	2
Eine politische Richtungsentscheidung	K. U. Benneter.....	2
Zukunft unserer Jobcenter.....	B. Loth.....	4
Europawahl – Eine Nachlese.....	A. Linde	6
Neue Schulstruktur für Berlin.....	H. Thärichen, N. Siewert	7
Termine unter	http://www.spd-suedwest.de/termine	
Einstellung der U-Bahnlinie 3	H. Thärichen	17
Landesfrauenrat zur Bezirksamtsbesetzung ...	U. Büntjen.....	17
Gedenken.....		19
Denkmaleritis.....	K. Spychalski	20
Gratulation		22
Zurück aus Melbourne.....	J. Hertlein	21

**Sozial und
Demokratisch.**

Liste 1 wählen am 27.9.09

**ERFAHRUNG UND AUFBRUCH:
DAS TEAM VON FRANK-WALTER
STEINMEIER IST STARK!**

Die Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf sind nunmehr auch personell abgeschlossen. Unser Kanzlerkandidat und Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat vor einigen Wochen in Potsdam sein Team vorgestellt. Hierbei hat er eine gute Wahl getroffen. Das Team ist stark: Erfahrung und Aufbruch. Neben erfahrenen Ministerinnen und Ministern stehen eine ganze Reihe neuer Frauen und Männer, die mit uns jetzt in diesen Wahlkampf ziehen werden. Ich jedenfalls bin sehr zufrieden, vor allem mit der Einbindung jüngerer Politiker in das Schattenkabinett von Frank-Walter Steinmeier.

Das Kompetenzteam: Der Bundespartei war in der Vergangenheit immer vorgeworfen worden, dass sie seit elf Jahren in der Regierung mit dem immer gleichen Personal agiere. Und der Vorwurf ist sicherlich in Teilen berechtigt. Jung ist nicht alles, sage ich als alteingessener Kreisvorsitzender. Ich bin aber überzeugt, dass mit einigen weiteren jüngeren Regierungsmitgliedern unsere Partei im Vorfeld der aktuellen Wirtschaftskrise besser dagestanden hätte. Dennoch ist es unserer Partei und unseren Regierungsmitgliedern gelungen, den Sozialstaat auch heute in der Krise handlungsfähig zu halten. Durch verstärkte Anwendung der Kurzarbeit haben wir verhindert, dass 1,4 Millionen Menschen in Deutschland ihre Arbeit verlieren. Das hat Wert, und dafür

lohnt es sich, in den kommenden Wochen aktiv Wahlkampf zu machen.

Denn schon sind deutliche Anzeichen für eine Rückkehr des Kasino-Kapitalismus zu erkennen. Viele von diesen unverantwortlichen Zockern haben bis heute nicht begriffen, dass sie nicht mit Geld, sondern mit menschlichen Schicksalen spielen. Diese Krise war und ist kein Betriebsunfall, sie hat Ursachen nicht nur in unvollkommenen Gesetzen. Wir als SPD wollen die politischen Konsequenzen ziehen. Unsere politischen Gegner in Schwarz-Gelb wollen und werden da nicht rangehen. Sie spitzen zwar manchmal den Mund, aber Mut zum Pfeifen haben sie nicht. Sie werden nichts verändern. Wir haben ein gutes Programm und nun ein gutes Team mit Frank-Walter Steinmeier an der Spitze. Dieses Team will unsere Marktwirtschaft wieder zu einer sozialen Marktwirtschaft machen, Regeln und Primat der Politik durchsetzen. Das ist die zentrale Aufgabe, und der Wahlkampf ist jetzt unsere Chance. Wir werden mittun.

MICHAEL ARNDT
Kreisvorsitzender

**ES GEHT UM EINE POLITISCHE
RICHTUNGSENTSCHEIDUNG**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ja, was Ulla Schmidt zur zwar zulässigen, aber dennoch nicht so recht nachempfindbaren Mitnahme ihres Dienstwagens samt Chauffeur nach Spanien meinte erklären zu müssen, war nicht hilfreich. Gleichwohl zeigt die öffentliche bzw. die

veröffentlichte Aufregung das übliche Sommerloch-Muster. Als Sozialdemokraten müssen wir wissen: Herr Seehofer kann sich vieles leisten, wir aber müssen immer ein unangreifbares Vorbild abgeben. Sonst bieten wir den interessierten Kreisen eine willkommene Möglichkeit, sich an Vordergründigem abzuarbeiten, aber sich nicht mit unseren besseren Konzepten auseinandersetzen zu müssen.

Das Ziel ist klar, wir und diejenigen, die uns wählen wollen, sollen mit dem Hochziehen solcher Geschichten und täglichen ungünstigen Umfragewerten verunsichert werden. Wir sollen nicht mehr daran glauben, dass es sich lohnt zu kämpfen.

Erinnern wir uns: Auch vor vier Jahren hatten sie uns die grandiose Aufholjagd nicht zugetraut. Zum vergleichbaren Zeitpunkt wurde von denselben Figuren nur noch darüber spekuliert, ob die CDU die FDP zur Regierungsbildung überhaupt noch brauchen würde. Wir waren völlig abgeschrieben. Im wahrsten Sinne des Wortes. Wir alle, nicht nur Gerhard Schröder allein, wir alle haben uns dagegen gestemmt und die Alternativen aufgezeigt. Und zum Schluss fehlte ein halber Punkt, um weiter unter sozialdemokratischer Führung dieses Land gestalten zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Masche gehen wir auch dieses Mal nicht auf den Leim. Wir haben in den letzten vier Jahren die bessere Politik mit den besseren Ministerinnen und Ministern gemacht. Frau Merkel hat unsere Konzepte und unsere Linie übernommen und sonnt sich jetzt in unseren Erfolgen. Frank-

Walter Steinmeier hat die letzten Weihnachtstage zur Entwicklung eines durchdachten Konjunkturprogramms gegen die Wirtschaftskrise genutzt. Viele Tausende Arbeitslose sind uns so erspart geblieben. Das ist, was zählt. Mit Frank-Walter hätten wir einen Kanzler, der nüchtern, überlegt und verlässlich abwägt, dann entscheidet und handelt. Darauf kommt es in den nächsten Jahren an. Das müssen wir den Menschen vermitteln.

Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass jetzt die solidarischen, die gerechten und die freiheitlichen Fundamente unserer Gesellschaft auf dem Spiel stehen. Wenn Westerwelle und Merkel regieren, dann werden zum Beispiel die gewachsenen Strukturen unserer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung eingedampft und durch egoistische Marktmodelle ersetzt werden. Kopfpauschale und Privatversicherung heißen dann die Parolen. Wem am sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gelegen ist, der muss mit uns unser Konzept der solidarischen Bürgerversicherung durchsetzen, in der die Reichen für die Armen und die Gesunden für die Kranken eintreten und einzutreten haben.

Solche Richtungsentscheidungen bestimmen nahezu jeden Politikbereich. Wenn Westerwelle und Merkel an die Macht kommen, dann werden sie den Ausstieg aus der Atomenergie, für den wir unter Rot-Grün gekämpft haben, rückgängig machen. Statt gebührenfreier Bildung wir werden dann von der Kita bis zum Hochschulstudium überall Ge-

bühren zu zahlen haben. Dann werden weiter Dumping-Löhne propagiert. Und statt Bildungs-Soli werden dann Steuer-senkungen für die Reichen die finanzielle Basis für einen zukunftsfähigen Sozialstaat vollständig untergraben. Natürlich ist bei einer CDU/CSU-FDP-Regierung auch ein neuer Anlauf zur Bahnprivatisierung abzusehen. Von den Konsequenzen aus der Finanzkrise und dem Bankendestaster wird dann bald keine Rede mehr sein.

Deshalb gilt jetzt: Nicht entmutigen, nicht einlullen lassen, sondern offensiv für unsere sozialdemokratischen Ideen kämpfen. Dabei behauptet niemand, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierung immer alles richtig machen. Aber unsere Ideen von einer solidarischen Gesellschaft unterscheiden sich grundlegend von denen der Konservativen und Neoliberalen. Um diese Ideen und ihre weitere Verwirklichung geht es bei dieser Bundestagswahl am 27. September. Dafür müssen wir jetzt alles tun und die letzten Wochen nutzen, um die Menschen zu überzeugen. Lasst uns gemeinsam unseren Freunden, Nachbarn, Verwandten, Vereins- und Schulkameraden klar machen, dass es um wichtige politische Inhalte für die Zukunft unseres Landes, um eine grundlegende politische Richtungsentscheidung geht.

Ich bin sicher: Gemeinsam packen wir das. Ihr wisst doch: Wer nicht kämpft, hat jetzt schon verloren.

EUER KLAUS UWE BENNETER, MdB

WIE SIEHT DIE ZUKUNFT UNSERER JOBCENTER AUS ?

Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Unternehmen erhalten immer weniger Aufträge, sie haben keine Beschäftigung mehr für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Noch kann der Auftragsrückgang durch Zahlungen von Kurzarbeitergeld aufgefangen werden. Viele Menschen werden aber in absehbarer Zeit ihre Arbeit verlieren.

Sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsagenturen als auch die der Jobcenter werden dann Außergewöhnliches leisten müssen. Die Wirtschaftskrise belastet den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) immer stärker. Wegen der Rezession werden die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit 2010 aufgebraucht sein. Schätzungen zufolge könnte die Zahl der Arbeitslosen schon um eine Million steigen. Gerade in dieser Krise benötigen wir gut funktionierende Verwaltungsstrukturen und gut ausgebildete, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern. Hier gibt es bereits jetzt noch sehr viel Handlungsbedarf. Wenn aber gute Ergebnisse erzielt werden sollen, sind gute Rahmenbedingungen erforderlich und eine hochprofessionelle Umsetzung unverzichtbar.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2007 entschieden, dass die Bildung der Jobcenter teilweise gegen das Grundgesetz verstoßen. Dem Gesetzgeber wurde eine Drei-Jahres-Frist bis Ende 2010 gesetzt, um die Verwaltung neu gliedern.

Wenn wir jetzt nicht schnell handeln, wenn wir nicht zeitnah eine funktionierende Struktur der Jobcenter mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen, werden wir in einem nicht vorstellbaren Ausmaß an sozialen Problemen konfrontiert sein. Wir dürfen die Menschen ohne Arbeit, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter nicht allein lassen. Sie brauchen eine Perspektive.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers einen Kompromiss ausgehandelt, der von allen Ländern gemeinsam getragen wird. Auch das CDU-Präsidium und Angela Merkel hatten diese Lösung zunächst unterstützt. Danach sollen als Nachfolge für die Jobcenter „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) als gemeinsame Anstalten öffentlichen Rechts mit Beteiligung der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit errichtet werden. Leider lehnte die CDU-Abgeordneten im Bundestag dieses gemeinsame Ergebnis ab. Sie betreiben Parteipolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen. Eine Alternative bieten sie nicht an. Ein Abwarten ist aber in der jetzigen Zeit der Krise unverantwortlich. Das von Olaf Scholz vorgeschlagene ZAG ist die einzige Lösung, um den Interessen aller Beteiligten gerecht zu werden. So hätten Langzeitarbeitslose die bestmögliche Hilfe und Unterstützung aus einer Hand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter hätten Planungssicherheit, um ihrer wichtigen Aufgabe gerade in der Krise frei von

Sorgen um die eigene berufliche Zukunft nachgehen zu können.

Jede andere Struktur – seien es die Optionskommunen, seien es die kooperativen Jobcenter – führt zu noch mehr Problemen und ist weit entfernt von einer arbeitsfähigen Struktur. Die ZAG kommen der Struktur der jetzigen Jobcenter weitgehend am nächsten, verbessern sie jedoch. Alle anderen Strukturen führten – angewandt in der derzeitigen Krise – zu einem nicht zu verantwortenden Chaos. Optionskommunen sind für Berlin keine Alternative. Sie führen nach einer Übergangsphase zu einer extremen Verteilungswirkung zu Lasten der Länder und Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit; der faktische Finanzausgleich des Bundesmodells gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) II zwischen strukturstarken und strukturschwachen Ländern ist größer als der eigentliche Finanzausgleich. Optionskommunen würden zu kommunal abgeschotteten Arbeitsmärkten führen; alle Arbeitsmarktinstrumente müssen aber notwendigerweise von vornherein überregional angelegt sein; bei zu starker Betonung der kommunalen Ausrichtung entstünden nicht vertretbare Förderkonkurrenzen (z. B. höhere Lohnkostenzuschüsse in einzelnen Kommunen). Außerdem würde die Einführung von Optionskommunen zu einer weiteren Auseinanderentwicklung von SGB II und SGB III führen und damit zu einer Stigmatisierung der Langzeitarbeitslosen; Ziel muss stattdessen sein: mehr rechtskreisübergreifende Integrationsbemühungen und

die Zusammenführung der beiden Rechtskreise.

Das Verhalten der CDU im Bundestag zeigt einmal mehr, dass ihr das Schicksal der Menschen ohne Arbeit nicht wichtig ist. Daher ist es unsere Pflicht, hierauf im Wahlkampf hinzuweisen und uns für eine Politik einzusetzen, die zum Ziel hat, möglichst vielen Menschen eine Chance auf gute Arbeit oder sinnvolle Beschäftigung anzubieten. Hierzu gehören auch gute arbeitsmarktpolitische Instrumente und funktionierende Strukturen der Arbeitsvermittlung.

BARBARA LOTH

Stellvertretende Landesvorsitzende

EUROPAWAHL – EINE NACHLESE

Nach der Dramaturgie der Strategen im Willy-Brandt-Haus sollte die Europawahl zum Aufgalopp für die kommenden Wahlen des Jahres werden. Doch die Hoffnung trog – leider! Was keiner für möglich gehalten hatte, trat ein: Das schlimme Ergebnis von 2004 wurde noch einmal unterboten. Die SPD erreichte bundesweit 20,9% (2004: 21,5%), in Berlin 18,8% (2004: 19,2%) und in Steglitz-Zehlendorf 18,2% (2004: 19,0%).

Diese herben Ergebnisse hätten in normalen Zeiten die Partei in Aufruhr setzen müssen, mit Diskussionen über die Lehren und Konsequenzen. Doch der Burgfrieden hielt, was letztlich zu begrüßen ist – denn innerparteiliche Zerrissenheit im Vorfeld einer schwierigen Bundestagswahl können wir uns gar nicht leisten. Nach meinen eigenen Eindrücken

bestand bei den Genossinnen und Genossen selbst im kleinen Kreis ein Unbehagen, sich über die Europawahl breit auszutauschen. Zu tief saß die Enttäuschung, einige taten sie als unwichtig, als „Spielwahl“ ab, mancher flüchtete in Sarkasmus.

Auf Dauer hilft eine solche Haltung allerdings nicht weiter und wird Europa nicht gerecht. Die Partei wird zur gegebenen Zeit gründlich analysieren müssen, warum die Wählerinnen und Wähler ihr bei den Euro-Wahlen die Zustimmung verweigern.

Sicher, Europawahlen stehen seit jeher im Ruf, tendenziell „Denkzettelwahlen“ zu sein. Und für das schlechte SPD-Ergebnis 2004 galt nach landläufiger Meinung das Tief nach den Hartz-Reformen als maßgebliche Ursache. Eine solche Sondersituation bestand in diesem Jahr nicht. In den demoskopischen Erhebungen stand die SPD – wenngleich auf niedrigem Niveau – besser da, als es die Auszählungen an den Wahlurnen ergaben.

An dieser Stelle verweisen politische Beobachter gern auf die niedrige Wahlbeteiligung, auf die Mobilisierungsprobleme aller Parteien. Nur 43,3% aller Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Aber warum ist es gerade unsere Partei, die hier offenbar größere Probleme hat? Hierauf befragt, erklärte Dagmar Roth-Behrendt per Radio, die Wählerschaft der SPD sei sich der großen Bedeutung von Europa weniger bewusst.

Die Europäische Union wurde gerade von linken Parteien im Kern als Friedenswerk gesehen, das mit der Beseitigung von

Krieg und Gewalt die Lehren aus der Geschichte gezogen hat. Mit der konkreten Ausgestaltung der EU, die bis heute ihren Charakter als liberale Wirtschaftsgemeinschaft nicht verleugnen kann, tut sich die Sozialdemokratie schwer.

Wofür steht die SPD in Europa? Der vage Begriff des „starken und sozialen Europas“ übt offenbar wenig Faszination aus, wenn europäische Harmonisierung der Sozialstandards in Deutschland eher zu einem Sozialabbau, etwa im Kündigungsrecht, führen würde. Abgesehen von diesem inhaltlichen Akzent trat die SPD im Wahlkampf als europafreundlichste Partei auf.

Die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses, der Ausbau ihrer Institutionen wurde nahezu idealisiert. Die Skepsis gegenüber einzelnen Erscheinungen der Brüsseler Verwaltung, die etwa in Abteilungsversammlungen in weiteren Teilen der Genossinnen und Genossen spürbar war, spiegelte sich nicht in der offiziellen Parteilinie. Liegt hierin ein Grund für das schlechte Wahlergebnis?

Eine breite, offene Bestandsaufnahme über Gegenwart und Zukunft des europäischen Projekts sollte am Beginn der Diskussionen über Folgerungen aus dem Europawahlergebnis stehen. Erst dann wird man entscheiden können, wie wir unser sozialdemokratisches Profil in der Europapolitik öffentlichkeitswirksamer darstellen – oder ob in manchen Punkten Schärfungen oder Differenzierungen nötig sind.

ANDREAS LINDE

NEUE SCHULSTRUKTUR FÜR BERLIN

Mitte Juni stimmte das Abgeordnetenhaus von Berlin dem Antrag zur Schulstrukturereform zu. Doch die von Bildungssenator Jürgen Zöllner entworfene Reform wird schon seit Monaten heftig diskutiert und ist nicht unumstritten.

Die Abteilung Seenplatte veranstaltete am 30. Juni 2009 eine Diskussionsrunde in der Dreilindenschule zur neuen Schulstrukturereform. Gemeinsam mit unseren Gästen Claudia Zinke, Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, und der schulpolitischen Sprecherin der BVV Steglitz-Zehlendorf, Renate Krohm, haben wir die Reform unter die Lupe genommen und diskutiert, inwiefern sie zu einer Verbesserung der Bildungschancen und Bildungsstandards in Berlin beitragen kann.

Staatssekretärin Claudia Zinke stellte uns die Kernpunkte der Reform zunächst vor. Wichtigste Veränderung ist, dass es künftig neben dem Gymnasium nur noch die integrierte Sekundarschule geben wird, die alle anderen Schulformen vereint. Beide Schularten – Gymnasium und Sekundarschule – sollen gleichwertig sein und mit gleichen Bildungsstandards arbeiten. Das Abitur kann man an der Sekundarschule in 13 Jahren erreichen, und die Lernenden haben somit ein Jahr länger Zeit als am Gymnasium. Durch eine maximale Klassenfrequenz von 25 Schülern, in sogenannten Problemkiezen sogar nur 21 Schülern, soll die Betreuung massiv verbessert werden und das Bildungsniveau steigen. Dies ist eine große Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation,

in der in einer Klasse etwa 29 Schüler sitzen.

Die integrierte Sekundarschule ist als Ganztagschule konzipiert. Für die Nachmittagsbetreuung sind mehr Freizeitangebote und Schülerarbeitsstunden, zum Beispiel zur Hausaufgabenbetreuung, geplant. Außerdem sollen Kooperationsabkommen zwischen den Schulen und außerschulischen Partnern, wie freien Trägern der Jugendarbeit oder auch Betrieben, geschlossen werden.

Durch die Einführung dualen Lernens werden ein praxisbezogener Unterricht und berufsorientiertes Lernen durch deutlich mehr Betriebspraktika oder Projekttage integrierter Bestandteil des Schulalltags.

Ein äußerst umstrittener Punkt ist der Zugang zur Oberstufe. Hier gilt grundsätzlich das Elternrecht, die Entscheidung über Schulart und Schule zu treffen. Es gibt jedoch keinen Anspruch auf Aufnahme an einer bestimmten Schule. Bei Übernachfrage, die es heute an knapp der Hälfte der Berliner Gymnasien gibt, werden 60 Prozent der Plätze durch die Schulleitung nach eigenen Kriterien vergeben und zehn Prozent für sogenannte Härtefälle, in die auch die Geschwisterregelung fällt, reserviert. Die restlichen 30 Prozent der Plätze werden durch das Los zugeteilt.

Dieses Verfahren ist laut Claudia Zinke gerechter als das derzeit angewandte Wohnortprinzip. Dass die Diskussionen, die es in letzter Zeit zum Losverfahren gab, nicht ganz nachvollziehbar sind, fan-

den auch einige Berliner Lehrer aus dem Publikum, die berichteten, dass an vielen Schulen auch heute schon gelöst wird.

Die schulpolitische Sprecherin der BVV Steglitz-Zehlendorf, Renate Krohm, beurteilte die Reform, ebenso wie unser Publikum, positiv. Dennoch wurden auch Zweifel an der reibungslosen Durchführung geäußert. Vor allem die Weiterbildung der Lehrer, so waren sich alle einig, muss effektiv und gründlich funktionieren und darf nicht ähnlich schlecht laufen wie bei der Grundschulreform.

Wie der Überleitungsprozess gestaltet wird, verriet uns Claudia Zinke: Bis August 2014, spätestens aber ein Jahr darauf, soll die Schulstrukturreform abgeschlossen sein. Bis dahin werden die bestehenden Schulen schrittweise umgewandelt und teilweise zusammengelegt. Noch vor der Sommerpause 2009 sollte das Gesetz in den Senat gehen, um dann im Herbst dem Abgeordnetenhaus zur entscheidenden Abstimmung vorgelegt zu werden. Allerdings ist es hier in jüngster Zeit zu Verzögerungen aufgrund von Einwänden der Linken gekommen.

Das Fazit unserer Diskussion ist klar: Sollte die Schulstrukturreform tatsächlich so durchgeführt werden, wie geplant, so bietet sie die Chance, dass viele Berliner Schüler stärker gefördert werden und bessere Bildungschancen bekommen als bisher. Für die öffentliche Vermittlung der Reform müssen wir aber noch einiges tun.

HOLGER THÄRICHEN
NICOLE SIEWERT



Sommerfest der SPD Steglitz-Zehlendorf

Frank-Walter Steinmeier besucht uns direkt vor der Wahl und trifft Klaus Uwe Benneter und viele weitere Promis.

Die Gliederungen der Partei, Vereine und soziale Einrichtungen des Bezirks stellen sich vor.

Für Essen, Trinken und Musik ist gesorgt.



Samstag, 26. September, 11–15 Uhr



Vor dem Rathaus Zehlendorf

WAHLEN 2009

So. 30.08. Landtagswahlen Saarland, Sachsen und Thüringen.

So. 27.09. Bundestagswahlen, Landtagswahlen Brandenburg, Schleswig-Holstein

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler

E-Mail: andreas-kugler@t-online.de

Homepage: www.spd-steglitz.de

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand

Homepage: www.spd-suedende.de

10 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Georg Siebert

E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de

Homepage: www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin

Homepage: www.spd-lankwitz.de.



Do. 29.10. 19:30 Öffentliche Mitgliederversammlung:

Hang zur Radikalität?

Wie mit einer gewaltbereiten Linken umgehen?

Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke

E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de

Homepage: www.spd-krumme-lanke.de

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel

E-Mail: davidscheffel@web.de

Homepage: www.spd-zehlendorf-sued.de

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde

Homepage: www.spd-zehlendorf.de

14 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann

Homepage: www.spd-dahlem.de.

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Vorsitzende: Renate Krohm

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

16 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau

E-Mail: wolfgang.kornau@t-online.de.

JUSOS

Termine und Infos gibt's auf unserer Webpage <http://www.jusos-suedwest.org>. Bei Fragen könnt Ihr Euch wenden an

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com) oder

Tom Christopher Pröstler (0179 2998245, tproestler@spd-zehlendorf.de)

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

Fr. 11.09. 15:00 *3000 Schritte extra*. „Gesundheit 21“ lädt ein zum Spaziergang. Mit Bezirksstadträtin Barbara Loth wandern wir zum Forsthaus Paulsborn. Treffpunkt Königin-Luise-Straße 96 (bis 16:30).

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Do., 15:30 – 16:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
 - Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de/>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41
-

EINSTELLUNG DER U-BAHNLINIE 3
BRIEF AN DIE BVG

Sehr geehrter Herr Sturmowski,
mit Unverständnis habe ich einen Artikel im Tagesspiegel vom 19.07. und 26.07. zur Kenntnis genommen, in denen deutlich wird, dass es bei der BVG offensichtlich Überlegungen gibt, die U-Bahnlinie 3 einzustellen.

Diese U-Bahnlinie ist meiner Meinung nach unverzichtbar, insbesondere um die Freie Universität mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschließen. Daneben dient sie aber auch der Bedienung des Ausflugsverkehrs, vor allem im Bereich Schlachtensee und Krumme Lanke.

Ihre Überlegungen sind besonders deswegen ärgerlich, weil der Vorplatz des Bahnhofes Krumme Lanke erst Anfang Juni feierlich in Alfred-Grenander-Platz umbenannt wurde. Mit der Umbenennung werden die Leistungen des Architekten Alfred Grenander und das Bahnhofsgebäude als architektonisches Highlight gewürdigt.

Viel eher, als über eine Einstellung der U3 nachzudenken, wäre zu erwägen, die Linie in Richtung Mexikoplatz weiter zu entwickeln, um einen Anschluss an die S-Bahn zu ermöglichen und damit die Verkehrsanbindung im Süden Berlins zu verbessern.

Ich bitte Sie, ihre Überlegungen im Interesse der Bürger unserer Stadt noch einmal zu überdenken und eine weitere Verunsicherung der Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs im Berliner Südwesten zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
DR. HOLGER THÄRICHEN

LANDESFRAUENRAT BERLIN E.V.
KRITISIERT BEZIRKSAMTSBESETZUNG

Stadtratsposten: „Diese zwei Damen sind nicht mal ein Feigenblatt!“ So stand es vor rund 30 Jahren in der Berliner Morgenpost vom 12. Oktober 1979. Unsere Genossin Gisela Stange, die zu den Gründerinnen des Berliner LandesFrauenRates (LFR) gehört, hat mich auf das

Jubiläum und auf einen sehr aufschlussreichen MoPo-Artikel aus dem Gründungsjahr des LFR hingewiesen, den ich im Folgenden in Auszügen dokumentiere – denn er ist immer noch lesenswert:

Der im Juli gegründete Landesfrauenrat Berlin e. V., dem inzwischen 21 Frauenorganisationen mit mehr als 30.000 Mitgliedern angehören, stellte sich gestern zum erstenmal der Öffentlichkeit vor. Dabei teilte die erste Vorsitzende des Landesfrauenrates, Johanna Lemke (Staatsbürgerinnen-Verband) mit, daß sich weitere Gruppierungen dem Landesfrauenrat anschließen wollen.

Die beteiligten Organisationen beschäftigen sich mit staatsbürgerlichen, parteipolitischen, berufsorientierten und konfessionellen Problemen. Harte Kritik übte Johanna Lemke an der Besetzung der Bezirksämter. Unter Beifall ließ sie ein „Gruppenbild ohne Damen“ entrollen, das sämtliche 82 Bezirksamtsmitglieder zeigte. Nur zwei davon sind Frauen: die Zehlendorfer Jugendstadträtin Erika Heß (SPD) und die Zehlendorfer Gesundheitsstadträtin Anna-Dorothea Müller-Hofstede (WUB). „Diese zwei Damen sind nicht einmal ein Feigenblatt“.

Wenn diese Posten Ehrenämter wären, so meinte Johanna Lemke, dann würde diese „verdächtig geschlossene Reihe männlicher Häupter“ sicherlich durch interessante Frauenköpfe aufgelockert. Die Vorsitzende setzte sich nachdrücklich für eine Quotierung bei der Bezirksamtsbesetzung ein. Mindestens 20 Prozent der Stadträte müßten Frauen sein. „Den Anstoß wird der Landesfrauenrat geben.“ ...

Die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Irmgard von Maibohm, begrüßte die

Berliner Gründung. Der Deutsche Frauenrat sei inzwischen mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern stärker als die Gewerkschaften, aber leider nicht so einflußreich. Vor den Bundestagswahlen werde man sich aber nachdrücklich zu Wort melden. „Wir wollen gleiche Chancen für Männer und Frauen für ein positives Miteinander“.

Soweit der MoPo-Artikel aus dem Jahr 1979. Auch heute - 30 Jahre später - mischt sich der LFR ein und die AsF als Mitgliedsorganisation mischt ordentlich mit. Denn auch wenn die Quotierung heute keine exotische Forderung mehr ist, so sind wir doch immer noch weit entfernt von Chancengleichheit oder gar von einer paritätischen Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen inklusive Spitzenfunktionen. Hier ist auch weiterhin noch ein großes Feld zu beackern. Wie wir gerade ganz aktuell zur Kenntnis nehmen müssen, ist ein Frauensensor noch lange kein Garant dafür, dass bei der Besetzung von Spitzenfunktionen Frauen endlich zum Zuge kommen. Das ist traurig, aber wahr!

Heute vertritt der LandesFrauenRat Berlin e. V. 45 Frauenorganisationen mit über 200.000 Frauen. Die heutige Vorsitzende des LFR, Juliane Freifrau von Friesen, schrieb im Editorial der Jubiläums-Ausgabe der Verbandszeitschrift *Wir Berlinerinnen* u.a.: „Liebe Ladies, ... Irgendwie ist es absurd: Wir feiern 60 Jahre Gleichberechtigung und sind davon überzeugt, dass Frauen alles können und alles dürfen – aber man lässt sie nicht. Das zeigt uns der neueste Report des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin):

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

Abt. 1: Renate Kessels, 66 Jahre, Mitglied seit 1982

Abt. 3: Günter Gebler, 76 J., Mitgl. seit 1949

Abt. 5: Bernhard Tschampel, 89 J., Mitgl. seit 1946

Abt. 6: Klaus Siepert, 73 J., Mitgl. seit 1967

Abt. 7: Friederike Bütefish, 76 J., Mitgl. seit 1971

Abt. 8: Karl-Dieter Grunert, 88 J., Mitgl. seit 1971

Abt. 9: Gerhard Dörfer, 80 J., Mitgl. seit 1970

Heinz Simmack, 74 J., Mitgl. seit 1984



„Frauen sind in den Spitzengremien der großen Unternehmen nach wie vor massiv unterrepräsentiert.“ Im Untersuchungszeitraum 2008/2009 waren in den 200 größten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors nur 2,5 Prozent der Vorstandspeditionen mit Frauen besetzt und in den Vorständen der 100 größten Banken und 58 größten Versicherungen kamen sie mit 1,9 und 2,4 Prozent auch nur in Form von Spurenelementen vor. So gesehen ist es nur konsequent, dass sich die Herren in den Vorständen höchst selten von weiblichen Aufsichtsräten kontrollieren lassen. So weit, so schlecht. ...“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber noch einmal Johanna Lemke mit ihrem O-Ton aus dem Jahr 1979 das Wort geben: „Wir sind uns über die Grenzen unserer Arbeitsmöglichkeiten im klaren. Wir können Tagesprobleme aufgreifen, Gründe untersuchen und diejenigen Frauen zu erreichen versuchen, die noch jedem Engagement aus dem Wege gehen, denen kein Problem unter die Haut geht, solange es nicht ihr eigenes ist! Entscheidungsbefugnis besitzen wir nicht – erfolgreiche Arbeit in dieser Stadt wird immer

Zusammenarbeit sein, mit Ihnen, mit unseren Verbänden. Hier kann Energie verschwendet werden, wobei der Dienst als Feuerwehr uns näher liegt als der Dienst an der Waffe.“

Ich sage: Für die Männer ist gut zu wissen, dass Frauen überwiegend eher friedliebend sind und nicht dazu neigen, sich paramilitärisch zu organisieren. Aber ich sage auch: Frauen, wir müssen begreifen, dass die Macht der Männer die Geduld der Frauen ist. Nach 60 Jahren könnte uns der Geduldsfaden für meinen Geschmack jetzt langsam mal reißen!

Für mich persönlich war das Schmökern in den „historischen Unterlagen“ spannend und erhellend: Unglaublich, dass Zehlendorf vor 30 Jahren sozusagen die „Speerspitze der Bewegung“ war, was die Frauenbeteiligung in den Bezirksämtern angeht. In den 12 West-Berliner Bezirken hatten 7 x 12 minus 2 weibliche = 82 Bezirksstadträte männlichen Geschlechts das Sagen. Zehlendorf muss ja wie ein gallisches Dorf gewesen sein, und es wäre sicher ein lohnendes Forschungsprojekt herauszufinden, ob Kommunalpolitik in Zehlendorf anders war als in den

anderen Bezirken. Nach Erika Heß, die neben ihrer Stadträtinnenfunktion auch stv. Zehlendorfer Bezirksbürgermeisterin war und 1981 für viele Jahre eine sehr beliebte Bezirksbürgermeisterin im Wedding wurde, ist übrigens das Eissportstadion im Wedding benannt. Ist ja auch schon mal was ... Sie hatte sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit stets von dem Prinzip leiten lassen: Die Politik ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.

ULLA BÜNTJEN

Stv. AsF-Landes- und Kreisvorsitzende

DENKMALERITIS

Denkmäler, Gedenkstätten, Mahntafeln o. ä. vermehren sich geradezu wie eine ansteckende Krankheit. Am Bhf. Friedrichstraße erinnert seit Herbst 2008 eine Figurengruppe an die Transporte jüdischer Kinder Ende der 30er Jahre nach England. Vor dem Reichstag wird ein Mahnmal für die im 3. Reich verfolgten Sinti und Roma errichtet. Im September soll auf dem Gelände des Bendler-Blocks ein Ehrenmal für die im Dienst ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen eingeweiht werden.

Auf der Schloßfreiheit soll ein Denkmal der Deutschen Einheit entstehen. Der Abbruch des Gestaltungswettbewerbs zeigt, wie schwer wir uns mit positiv besetzten Nationaldenkmälern tun. Die Mehrzahl der 532 Entwürfe flüchtet sich in architektonische und abstrakte Gebilde. Deren Sinn erschließt sich Otto Normalverbraucher manchmal nicht ohne weiteres. Was symbolisieren die unterschied-

lich hohen Betonquader der Holocaust-Gedenkstätte? Warum steht die stark abstrahierte Bronzestatue des italienischen Philosophen Giordano Bruno am Bahnhof Potsdamer Platz auf dem Kopf? Rätselhaft die im Treppenhaus des Jakob-Kaiser-Hauses aufgehängten Ruderboote. Auf einem der vier übereinandergesetzten Würfel Stresemannstraße Ecke Potsdamer Platz hilft wenigstens die Inschrift weiter: Grundstein eines Denkmals für Karl Liebknecht.

Unsere Altvorderen hatten es einfacher; sie hielten es mit allegorischen Figuren, Göttern, bekannten Persönlichkeiten, meist Männern. Eine Klimax der Verherrlichung (nomen est omen) war zweifelsohne die von Kaiser Wilhelm II. in Auftrag gegebene und 1901 eingeweihte „Siegesallee“ im Tiergarten mit 32 Marmorstandbildern aller Markgrafen, Kurfürsten und Könige Brandenburgs bzw. Preußens. Die maladen Überreste dieses Panoptikums wurden im Frühjahr zur Spandauer Zitadelle gebracht.

Die Anamnese ist zwar lückenhaft, die Diagnose jedoch eindeutig: Die Denkmaleritis breitet sich weiter aus. So befasste sich der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses mit dem Vorschlag, für den Hitler-Attentäter Georg Elser ein „Denkzeichen“ zu schaffen – möglichst an der Voßstraße, wo die Neue Reichskanzlei stand. Der Anschlag fand allerdings 1939 im Münchner Bürgerbräukeller statt. Schließlich soll ja nach der von der Bundesregierung Mitte 2008 stiekum gebilligten Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts nicht nur die Aufarbeitung des DDR-Zeit deutlich ver-

stärkt, sondern auch die des Nationalsozialismus fortgeschrieben werden. Denkmalplaner, -erbauer und -pfleger brauchen sich somit nicht um ihre Arbeitsplätze zu sorgen.

Denkmäler und Gedenkstätten lösen nicht selten unerwünschte Nebenwirkungen aus, bewirken gar Gegenreaktionen. Das Homosexuellen-Denkmal wurde in letzter Zeit wiederholt beschädigt, die Holocaust-Gedenkstätte mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Sudeleien auf dem Thälmann-Denkmal in der Greifswalder Straße dürften keine Protestaktionen, eher „Werke“ von „Straßenkünstlern“ sein. Wohl auch um derartige Attacken zu verhindern, wird das Bw-Ehrenmal isoliert auf dem umzäunten und bewachten Gelände des Bendler-Blocks errichtet.

Hauptursache für das Rückwärts-Syndrom ist der Orientierungsverlust unserer Gesellschaft als Folge der Auflösung vertrauter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten: Wegfall des Ost-West-Konflikts, Globalisierung der Wirtschaft, unzulängliche Integration vieler Zuwanderer, als ungerecht empfundene Einkommen- und Lastenverteilung. Dies und die generelle Verunsicherung hinsichtlich künftiger Entwicklungen sowie das Fehlen neuer Leitbilder begünstigen die Erinnerungskultur. Spektakulärste Indikatoren sind der Wiederaufbau des Hohenzollernschlosses (verschämt Humboldtforum genannt) und die beschlossene Errichtung eines Vertriebenemuseums.

Metropolpolitik darf sich nicht in Gedenkritualen, Museumsgründungen, Mahnmalen o. ä. erschöpfen. Angesichts

der Finanz- und Wirtschaftskrise sind zukunftsgerichtete Reformen und Aufbruchsimpulse weitaus wichtiger und dringlicher als nationale Rückbesinnungsaktionen und Vergangenheitsbewältigung.

KLAUS SPYCHALSKI

ZURÜCK AUS MELBOURNE

„Very British“ kommentierte Christa Friedl (früher SPD Zehlendorf, einige Familienmitglieder in Australien lebend), als ich von dem Plan erzählte, unseren Sohn in Melbourne zu besuchen. Das fanden wir bestätigt – englische Kolonialarchitektur (jetzt ergänzt durch ansehnliche moderne Wolkenkratzer), nostalgisch wirkende Straßenbahnen, ein Parlament, das das englische System getreulich abbildet.

Was fällt noch angenehm auf, wenn jemand aus langer Gewohnheit die Dinge durch eine (kommunal-)politische Brille betrachtet? Die Straßenbahnen, klein und langsam, tragen zum Teil die Aufschrift „Love your trams“, und das muss man wohl, um darüber hinwegzusehen, dass sie den öffentlichen Nahverkehr einer Drei-Millionen-Stadt eher schlecht als recht bewältigen. Andererseits: Einer dieser alten Züge umrundet den Citybereich zum Nulltarif und informiert vom Band über Sehenswürdigkeiten, damit die Touristen wissen, wo es sich für sie lohnt auszusteigen. Die Melbournier kennen die Texte vermutlich auswendig, denn auch sie nutzen natürlich den kostenlosen Transfer.

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE IN DER

- Abt. 1:** 5.9. Rolf Kempfer, 70 Jahre; 9.9. Wolfgang Gladisch, 81 J.; 10.9. Heinz Urban, 85 J.; 15.9. Rudi Wartenberg, 81 J.; 21.9. Günther Hamann, 75 J.; 2.10. Herbert Müller, 89 Jahre; 19.10. Horst Tietz, 88 J.; 20.10. Margot Henning 84 J. .
- Abt. 2:** 6.9. Gertrud Rex, 97 J.; 24.9. Elfriede Matzat, 75 J.; 30.10. Ingeborg Mlitz, 84 J.
- Abt. 3:** 12.9. Ilse Schmidt, 85 J.; 20.9. Lintrun Weber-Freudenberger, 70 J.; 23.9. Ursula Danneberg, 87 J.; 24.10. Horst Ochse, 82 J.
- Abt. 4:** 22.9. Dieter Ciechanowski, 70 J.; 24.10. Hans-Joachim Walther 70 J.; 25.10. Waltraud Haase, 88 J.
- Abt. 5:** 2.9. Gertrud Böer, 96 J.; 18.9. Hildegard Steppat, 90 J.; 15.10 Gerda Bennewitz, 91 J.; 18.10. Werner Teubner 70 J.; 23.10. Bruno Recklies, 90 J.
- Abt. 6:** 10.9. Hans-Joachim Bartz, 80 J.; 27.9. Peter Raacke, 81 J.; 21.10. Robert Loddenkemper, 70 J.; 29.10. Juliane Seifert, 70 J.
- Abt. 7:** 15.9. Ada Wruck, 81 J.
- Abt. 8:** 15.10. Gertrud Neugebauer, 75 J.
- Abt. 9:** 3.9. Bruno Ott, 88 J.; 25.9. Klaus Kändler, 89 J.; 29.9. Elmar Engels, 70 J.; 10.10. Wilfried Schulz, 80 J.
-

Im Parlament des Bundesstaates Victoria, dessen Hauptstadt Melbourne ist, werden mehrmals am Tag in der sitzungsfreien Zeit ohne Anmeldung kostenlose Führungen angeboten. Regelmäßig werden Schulklassen durchgeschleust, „damit sie wissen, warum sie wählen gehen sollen“, so die Führerin. Ein Zeitungskommentar zum Thema Demokratie hat mich besonders gefreut. „Wir leben in der besten aller möglichen Staatsformen. Unsere gewählten Vertreter haben es sich nicht leicht gemacht, wir sollten ihre Mehrheitsentscheidung respektieren“, hieß es da, als das Parlament die Frist für zulässige Abtreibungen verlängert hatte. Auf der Zuschauertribüne war es danach zu Protesten gekommen. An den vier Ecken der Eingangshalle zum Parlament

ist „Ich dien“ im Steinfußboden zu lesen, Wahlspruch der Prinzen von Wales, ungewohnt in dieser Umgebung.

Auffallend die hohen dreistelligen Geldstrafen, die für unerwünschtes Verhalten angedroht werden, Alkohol trinken am Strand, Müll wegwerfen, Hundehaufen liegen lassen. Ordnungshüter waren kaum zu sehen, aber anscheinend machen die Summen deutlich genug, dass die Gesellschaft bestimmte Handlungsweisen nicht als Kavaliersdelikt abtut. Ohne den offensichtlich allgemeinen Respekt für öffentliche Ordnung würde auch das System nicht funktionieren, das, zum Beispiel am Jarra-Fluss, Grillen ermöglicht. In bestimmten Uferzonen sind quadratische Pfannen in Herdhöhe installiert, die durch Einwurf einer Münze elektrisch beheizt

werden. Man grillt seine Steaks oder Würstchen und hinterlässt das Ganze so sauber, wie man es vorfand.

Angesichts der Finanzkrise formulierte der sozialdemokratische Ministerpräsident Kevin Rudd: „We shall perhaps get wet, but we shall not sink“ – wir werden vielleicht nass, aber wir sinken nicht. Prompt beschloss die Regierung, Australien werde nicht wie üblich 100.000 bis 120.000 Einwanderer pro Jahr aufnehmen, sondern diese Zahl bei drohender Arbeitslosigkeit herabsetzen. Rudd scheint generell nicht lange zu fackeln. Fünf Minuten nach seiner Vereidigung als Ministerpräsident unterzeichnete er das Kyoto-Protokoll. Die abgelöste konservative Regierung hatte das verweigert, ebenso wie eine offizielle Entschuldigung gegenüber den Aborigines, denen jahrzehntelang, bis 1973, Mischlingskinder weggenommen

und in kirchlichen Internaten erzogen worden waren (der aktuelle Film „Australia“ gibt einen Begriff davon). Als Rudd diese Entschuldigung im Parlament aussprach, erlebten zehntausende Aborigines sie im Freien auf Großbildschirmen mit. Sie wurde im Land als befreiend und Frieden stiftend empfunden.

Nahe dem „Shrine of Remembrance“, einem eindrucksvollen Mahnmal für Kriegsgefallene, steht eine eher unscheinbare Plastik, eine junge Frau, an jeder Seite ein Kind. Es erinnert an die Mütter, die nach dem Krieg allein standen, weil die Väter gefallen waren. Ein Schicksal, das in Europa Millionen von Frauen traf (auch meine Mutter), viel mehr als in Australien. Aber ich habe auf vielen Reisen nirgendwo sonst ein Denkmal für sie gesehen.

JUTTA HERTLEIN

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

**Bücherbasar,
Trödel sowie
Verkauf der Retro-Mode**

findet statt an den

**Sonntagen, 20. September und 18. Oktober, 10–16 Uhr
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e. V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



Regionalbüro Steglitz-Zehlendorf

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo + Do 10–14h und Fr 14–18h.

Telefon: 766 79 854,

Fax: 766 79 856

E-Mail:

steglitz-zehlendorf@spd-berlin.deWeb: www.spd-suedwest.de**Nächste Ausgabe****Redaktionsschluss** für Nummer 43(Nov. 09– Jan. 10) ist am **12. 10. 2009**.

Genossinnen und Genossen, die einen Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis zum Redaktionsschluss in digitaler Form einreichen: per E-Mail an sww@suedwest.spd-berlin.de. Textformate: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc (MS-Word).

Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten**Klaus Uwe Benneter**

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin,

Telefon 818 20 878.

Web: <http://www.benneter.de>

Bundestagsbüro: Unter den Linden 50, 10117 Berlin, E-Mail:

klaus-uwe.benneter@wk.bundestag.de

Telefon 227 77 174, Fax 227 76 174

Impressum**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf**V. i. S. d. P.:** Lutz Ihlenburg c/o SPD Steglitz–Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin**Redaktionsteam:** Dr. Lutz Ihlenburg, Klaus Spychalski.**Druck:** Robert Podzuweit, 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.spd-suedwest.de/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.
